

Die Ideen der X. Weltfestspiele leben in unseren Taten



Aus dem Referat des Genossen Frank Walther auf der FDJ-Aktivtagung

(Fortsetzung von Seite 3)

gangene Woche Mitglied der UNO werden konnte. Dafür gilt der Weltjugend, voran die sozialistischen Brüderrorganisationen, unser Dank.

7. Die Autorität der FDJ ist gewachsen. Selbst die Schreibzeitschriften, großbürgerliche Zeitungen mußten ein realistisches Bild von uns zeigen. In der Vorbereitung und während der Festivals konnten wir unseren Jugendverband festsetzen, erfüllen Freundschaft und Achtung uns gegenüber, erleben, wie unsere Solidarität anderen geholfen hat, erleben frohe Tage, die uns Kraft gaben für die Lösung unserer Aufgaben, die Stärkung unserer Republik und der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Liebe Freunde!

Das erreichte Niveau zu sichern und den Schwung der Festivalvorbereitung weiterzuführen, erfordert von uns, während der Verhandlungen gründlich über unsere Aufgaben nachzudenken, zumal vor uns große Höhen zu sehen. Ich möchte hier nur die Republikaktivtagung der Zentralrat der FDJ mit allen Hoch- und Fachschulen der DDR nennen, die am 26. und 27. Oktober 1973 an unserer Hochschule stattfinden wird.

Frank Walther sprach dann zum Jugendgesetz und führte aus:

„Es ist auch der Hinweis notwen-

dig, die ganze Breite des Gesetzes zu diskutieren und nicht nur die Paragraphen 21 und 22.

Ich möchte zusammenfassend noch einige Hinweise zur Führung der Diskussion geben:

1. Alle Freunde und Mitarbeiter in die Diskussion einbeziehen.

2. Best. wurde die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen diskutiert, vor allem im Wohnwesen. Daraus leitete sich ab, Aktivitäten der Weiterbildung und Ordnung zu stimulieren. Aber als wichtigsten Hinweis möchte ich hier geben, daß alle Vorschläge und Kritiken ernsthaft aufgegriffen, geprüft und gemeinsam mit den Studenten realisiert werden.

3. Die sozialistische Demokratie muß energischer in allen Bereichen durchgesetzt werden.

— Unterstützung der Studenten, vertreten in staatlichen und gesellschaftlichen Gremien, damit sie ihrer Verantwortung besser gerecht werden können. Wir müssen eine hohe Aktivität aller FDJ-Gruppen und -Leistungen in Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten erreichen.

4. Es geht um die konkrete Beantwortung der aufgeworfenen Fragen, z. B.:

— Wie wird der Einfluß der FDJ auf Instruktionen und Absolventenvermittlung gesichert?

1. Wir müssen die Diskussion zum Jugendgesetz mit der Lösung der Aufgaben im Studienjahr verbinden. Das muß sich in einer großen Bewegung bei der Diskussion zum Jugendgesetz und während der Verhandlungen widerspiegeln.

Zusammengefaßt:

Alle FDJ-Leistungen und -Gruppen sollten in ihren Programmen Maßnahmen zur Verwirklichung des Jugendgesetzes festlegen. Gleichzeitig sollen in jeder GO die objektiven Anforderungen mit der größten Präzision in den Sektionen verglichen und Vorschläge zur weiteren Verbesserung von Erziehung und Ausbildung vorgelegt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erläuterte Frank Walther die vielfältigen und interessanten Aufgaben, die in Angriff genommen und zielstrebig erfüllt werden müssen. Dazu sagte er:

„Ich möchte auf eine letzte Frage eingehen: Wie nun die Vielzahl von Aufgaben schaffen?“

Hier Jugendgesetz, da Wahlen, hier persönliche Gespräche, dort Vorbereitung der Republikaktivtagung, hier könnte die Aufzählung fortsetzen.

Wir müssen alle Aufgaben in ihrer Einheit sehen und verknüpfen. Zu den X. Weltfestspielen haben wir die Überzeugungskraft unserer Ideologie und unseres realen

Sozialismus gespürt. Die Schlüsselfolgen daraus gilt es mit der Diskussion zum Jugendgesetz zu verbinden, wie wir weiterhin an der Entwicklung unserer Republik und an der weiteren Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft mitwirken können. Darin besteht ja auch das Grundliegen des Jugendgesetzes. Wenn wir es herangeben, dann wird klar, daß unsere erste Aufgabe darin besteht, daß alle den Marxismus-Leninismus gründlich studieren, propagieren und schöpferisch anwenden, daß es gilt, sich die Politik der SED zu eigen zu machen und in der täglichen Arbeit anzuwenden. Zweitens gilt es, hohe Leistungen im Studium zu erbringen, um gute Absolventen zu werden, die unsere Republik weiter stärken können, was Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens ist. Ein chilenischer Genosse sagte mir in Berlin: Eure Solidarität und Unterstützung haben uns gut geholfen. Aber ihr müßt auch wissen, daß das politische Engagement vieler Menschen für uns sehr wichtig und ein starkes sozialistisches Weltverständnis unsere beste Unterstützung ist. So gesehen, wollen wir mit unseren guten Arbeitsergebnissen die gegen die faschistische Militärdiktatur kämpfenden chilenischen Genossen unterstützen. So gesehen, werden wir die Republikaktivtagung gut mit vorbereiten, zu Ehren der Wahlen der Parteiorganisation unserer Hochschulen unsere Aufgaben verbindlich erfüllen und den 25. Jahrestag unserer Republik mit Festivals an vorbereiten.“

Fest an der Seite des chilenischen Volkes - verstärkt die Solidarität!

Voller Zorn und Empörung haben wir die Nachricht vom Sturz der Regierung der Unidad Popular durch die reaktionären Kräfte Chiles und die mit ihnen verbündeten ausländischen imperialistischen Kräfte vernommen.

Wir verurteilen den Mord am rechtmäßigen Präsidenten Chiles, Salvador Allende, und an Tausenden anderen fortschrittlichen Chilenen, den Terror gegen alle demokratischen Kräfte, die Verschleppung Tausender Patrioten in Konzentrationslager.

Wir verurteilen den Versuch der Reaktion, die sozialen Errungenschaften Chiles zunichte zu machen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Unsere Antwort hierauf ist:

Auch dieser Versuch des Imperialismus wird den unauflöslichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht aufhalten. Die um die Sowjetunion geordneten sozialistischen Staaten sowie alle anderen revolutionären Kräfte der Gegenwart bestimmen immer mehr das Weltgeschehen. Unser Beitrag hierzu besteht darin, unsere Anstrengungen zu verdoppeln, um die DDR und die gesamten sozialistischen Staaten allseitig zu stärken. Unser Beitrag besteht auch darin, allseitige Solidarität mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern und allen fortschrittlichen Kräften der Welt zu üben.

Als Ausdruck unserer Sympathie und Solidarität mit dem chilenischen Volk führten wir eine Spendenaktion mit einem Ergebnis von 51 Mark durch.

Wir rufen alle Studenten auf:

— Für Solidarität mit dem kämpfenden chilenischen Volk!

— Schließt euch dem Aufruf des ZK der SED zur Solidarität mit Chile an! Getreu den Ideen des proletarischen Internationalismus unterstützen wir den Kampf des chilenischen Volkes um Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt!

Die Genossen der Sekundären Parteigruppen des Internates
Reichenhainer Straße 18/17.



Imperialismus - Feind des Fortschritts

Die BRD und die chilenische Reaktion

Während sich alle demokratischen Kräfte einig sind in der Verurteilung des kontrevolutionären Putsches in Chile, melden die Nachrichtenagenturen, daß die Regierung der USA Fuß fassen zu können, um sich nicht mehr nur auf die US-Kapital hinterlassenen Marktflächen beschränkt zu sehen, wo die größten Profite bereits abgeschöpft sind.

Aus diesem Grunde ist die Strategie der BRD des einzelnen lateinamerikanischen Ländern gegenüber keineswegs eindeutig.

BRD-Konzerne mischen mit

1972 erst wurde bekannt, daß die reaktionären Generale, die in Bolivien den Hitler-Verbreiter Banzer an die Macht brachten, aktiv von westdeutschen Kapitalgruppen unterstützt wurden. In Chile erhielt der Vorgänger Allendes, der Christdemokrat Eduardo Frei, schon bei den Wahlen von 1964 riesige Summen Wahlhilfe aus der BRD. Vor und während der Wahlen von 1970 mehrten sich die Versuche der BRD-Konzerne, auf die weitere politische Entwicklung des Andenlandes Einfluß zu nehmen: Die Privatinvestitionen beliefen sich 1972 auf etwa 25 Millionen DM, während sich die Gesamtinvestitionen einschließlich der Betriebsmittelkredite der Milliardenhöhe nähern. Der größte Beitrag ist im Chemiesektor anzusetzen: Bayer, 300 Beschäftigte, Hoechst 900 Beschäftigte und BASF, 200 Beschäftigte. Die Dresdner Bank, Preussag, Olympia, Rosenhalm und andere haben ihre Tochtergesellschaften in Chile oder sind wie Siemens, Oerem und Mercedes-Benz durch Verkaufsgesellschaften vertreten. Dabei besitzen bundesdeutsche

Industrie- und Handelsmillionäre (z. B. die Besitzer des Otto- und des Quelle-Versands, der Kaiser-Kaffee-Geschäfte oder der CDU-Bundestagsabgeordnete von Kühlmann-Stamm) einen nicht geringen Teil des chilenischen Bodens. In keinem Lande Lateinamerikas gibt es so viele bundesdeutsche Schulen, Stiftungen und Einrichtungen wie in Chile. Die fortschrittlichen Kräfte des Landes nennen diese Schulen die „Klassen Schulen der Oligarchie“, denn neben dem Versuch, bestimmte Kreise der deutschstämmigen Einwanderer Chiles zu erreichen, soll durch diese Institutionen und Schulen der Einfluß der BRD in den bürgerlichen Parteien, vor allem im rechten Flügel der Christdemokraten und der Nationalisten, verankert werden.

Nach dem Sieg der Unidad Popular im September 1970 wurde in den Massenmedien der BRD die Sprachregelung durchgesetzt, abwertend von den „Experimenten des Marxismus Allende“, den „Experimenten der Unidad Popular“ zu sprechen. Das sollte von vornherein die Möglichkeit suggerieren, daß rechtsgerichtete Kräfte den gesellschaftlichen Fortschritt in Chile aufhalten könnten. Besonders ausführlich und genüßlich berichteten Presse und Funk der BRD über jene schwierigen Probleme, vor denen die Regierung der Unidad Popular stand, als sich in Frankreich Kommunisten und Sozialisten zur Volkfront zusammenschlossen. Auffällig ist, daß dazu angeregt waren, die Linkskräfte in Chile zu überreden, daß den ultralinken Kritikern der Politik der Unidad Popular viele Möglichkeiten geboten wurden, ihre „Vorschläge“, zu pu-

lizieren, die dazu angetan waren, die Linkskräfte in Chile zu überstürzten Handlungen zu provozieren.

Sozialreformismus und Unidad Popular

Bezeichnend ist die Haltung, die einige Vertreter der westdeutschen Sozialdemokratie gegenüber der Unidad Popular einnahmen und einnehmen. Die große Popularität Salvador Allendes auszunutzen, versuchten sie, ihn zum Vertreter ihres vielstrapazierten „demokratischen Sozialismus“ hochzustilisieren. Gleiches versuchten sie mit der Formel des „besonderen chilenischen Weges zum Sozialismus“ auszudrücken, wodurch Allende letztlich unterstellt wird, er glaube, daß man in Kautsky'scher Manier den Sozialismus innerhalb des bürgerlichen Legalitätsrahmens und mit Hilfe des bürgerlichen Staates aufbauen könne. Natürlich beachtete die Unidad Popular — das mußten sogar bundesdeutsche Beobachter zugeben — strikt die chilenische Verfassung, was aber nicht bedeutet, daß Allende und seine Genossen eine Mischform zwischen bürgerlichem und sozialistischem Staat anstreben. Diese Interpretation hatte das Ziel, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus zu leugnen und, was speziell Lateinamerika betrifft, die kubanische Revolution in Mißkredit zu bringen. Nicht umsonst hat sich das der SPD unterstehende Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hannover in den letzten Jahren besonders mit Lateinamerika, und in diesem Rahmen primär mit Chile, beschäftigt. Der Sozialdemokratismus hoffte, in jenen Ländern einen Boden für seine Ideologie zu gewin-

nen, die auf eine lange parlamentarische Tradition zurückblicken können und in denen sich schon eine starke Arbeiterklasse herausgebildet hat. Damit sollte versucht werden, die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie zu widerlegen. Die Ideologen des Sozialdemokratismus sparteten nicht an „Empfehlungen“ und „Hinweisen“, um beispielsweise die Sozialistische Partei Chiles auf antikommunistische und sozialreformistische Positionen zu drängen und das revolutionäre Kuba als abschreckendes Beispiel hinzustellen. Daß dies nicht gelang, war nicht zuletzt Salvador Allende zu verdanken. Interessant ist in dieser Hinsicht, daß Willy Brandt am 16. September, in einem Augenblick also, in dem die Putschisten in Chile die Anhänger der Unidad Popular physisch und moralisch liquidierten, in einer Grundsatzerklärung, es gebiete zu den unverrückbaren Grundsätzen sozialdemokratischer Politik, auf Bündnisangebote von kommunistischer Seite nicht einzugehen und für Volksfrontversuche nicht anfällig zu sein.

Die Anti-Chile-Fronde agiert

Nachdem die BRD-Konzerne und ihre politischen Vertreter einsehen mußten, daß die Regierung der Unidad Popular nicht daran dachte, ihren den Platz zu überlassen, den die USA räumen mußten, traten sie in verstärkter Maße gemeinsam mit der CIA und der Nixon-Administration auf gebauten Antichile-Fronde auf. Ab 1971 wurden die noch mit der Regierung Frei abgeschlossenen Handels- und Industrieverträge nicht mehr eingehalten, bereits bewilligte Kredite eingefroren und chilenische Kupferlieferungen in westdeutschen Häfen beschlagnahmt. In dem Augenblick, wo Chile alte Devisen brauchte, um die

von der Frei-Regierung hinterlassenen Auslandsschulden von 4 Milliarden Dollar zu tilgen, senkte die BRD die Kupferimporte aus Chile um 30 Prozent. Darin die imperialistischen Manipulationen war der Kupferpreis in den letzten zwei Jahren ohnehin um fast 20 Cent pro Pfund gesunken. Allein diese Maßnahme trieb die USA, um Chile einen Verlust von etwa 24 Millionen Dollar anzufügen.

Nach der Wahl Allendes hatte die „Übersee-Bankhaus“, das Interessent der BRD-Monopole, aufgeföhrt, nicht mehr in Chile zu investieren. Am 21. September, zehn Tage nach dem kontrevolutionären Putsch, veröffentlichte die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ unter der Überschrift „Chile: Jetzt investieren“ die Anzeige eines BRD-Wirtschaftsbüros, in der es heißt, daß sich in Chile jetzt „außergewöhnliche Möglichkeiten bieten“. Gleichzeitig weist die BRD-Presse darauf hin, daß die Kurse der Kupfer-Aktien steigen und die staatliche Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik stärker fließen wird. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gewandt empfindet die Entscheidung eines internationalen Konsortiums, das unter maßgeblicher BRD-Beteiligung die chilenische Millijonia, besonders im ökonomischen Bereich, unterstützen soll.

Die Kölner „Welt der Arbeit“ schrieb, daß nach dem sogenannten Bankkollaps Salvador Allende in der „sozial-liberal regierten Bundesrepublik“ vermutlich nicht einmal Beamter hätte werden können.

Dafür aber war es möglich, daß der faschistische Diktator Uruguays, Alfredo Stroessner, bei seinem Besuch in der BRD der große Bundesverdienstkreuz erhielt.

Werner Abel,
Sektion Marxismus-Leninismus